

DER LINKE Landtags-Rundbrief

Ausgabe 6/Juni 2011



Liebe Leserin, lieber Leser,

nach einem Jahr Amtszeit lohnt sich ein Blick auf die Arbeit des Ministerpräsidenten – und die Bilanz fällt nicht gut aus. Ein Auszug aus seinem Sündenregister: David McAllister diskriminiert wie sein Vorgänger die Gesamtschulen. Beim Tierschutzskandal um die damalige Ministerin Grottelüschen handelte er viel zu spät, um die Putenlobbyistin aus dem Kabinett zu entfernen. Am Anfang des Skandals um dioxinverseuchte Futtermittel standen Beschwichtigungen, statt dem Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit mehr Personal zu geben. Die Kommunen versinken im Schuldensumpf: Ihre Kassenkredite sind innerhalb eines Jahres um eine Mrd. Euro auf 5,5 Mrd. gestiegen. Niedersachsen ist eine Insel für Studiengebühren geworden. Der Ministerpräsident stimmte bei Hartz IV der Fünf-Euro-Provokation im Bundesrat zu. Er stützt seinen Innenminister, der kein NPD-Verbot will und die Bundesjustizministerin zum Sicherheitsrisiko erklärt. McAllister will Gorleben in ein Suchverfahren für ein Atomendlager einschließen, anstatt zu sagen: Gorleben geht nicht! Dieser Ministerpräsident hat sein Kabinett nicht im Griff – und im Bundesrat spielt er das Schoßhündchen der Bundeskanzlerin. Er ist zwar ein sympathischer Kommunalpolitiker, aber ein Ministerpräsident mit Führungskraft ist er nicht.

Ihr Hans-Henning Adler

Sohn: „Schuldenbremse“ geht zu Lasten der Kommunen



Wenn es nach den Vorstellungen der Landesregierung geht, soll die sogenannte Schuldenbremse in der niedersächsischen Verfassung verankert werden. Dafür benötigen CDU und FDP eine Zweidrittelmehrheit im Landtag, das heißt die SPD muss zustimmen. Die Sozialdemokraten signalisierten Bereitschaft, knüpften ihr Ja aber an Bedingungen. Von den Landtagsfraktionen hat sich allein DIE LINKE klar gegen die Schuldenbremse ausgesprochen.

Finanzpolitiker Manfred Sohn stellte zunächst klar, was mit diesem beschönigenden Wort eigentlich gemeint ist. Tatsächlich handelt es sich um ein Verbot, Kredite aufzunehmen, das vor allem zu Lasten der unter Finanznot leidenden Kommunen gehen wird. „Wer ohne eine massive Änderung der Steuerpolitik und damit ohne eine Umverteilung von oben nach unten und ohne eine Lösung für die Altschulden ein Nettokreditverbot verhängt, der plant eine weitere Strangulierung unserer Städte und Dörfer“, kritisierte Sohn im Landtag. Der Finanzexperte befürchtet, dass das Land

den Kommunen noch weniger Geld geben wird, wenn das Nettokreditverbot greift.

DIE LINKE steht mit ihrer Kritik nicht allein. In einer Erklärung des DGB und vieler anderer Organisationen und Initiativen heißt es, das Kreditverbot gefährde die Handlungsfähigkeit des Staates. „Die zu erwartenden massiven Kürzungen werden zu Lasten der ohnehin Benachteiligten gehen: arme Menschen, Menschen mit Behinderung, ältere Menschen, Arbeitslose, Menschen in prekärer Beschäftigung, alleinerziehende Mütter und Väter, Migrantinnen und Migranten...“.

Der soziale Zusammenhalt in Niedersachsen stehe auf dem Spiel, heißt es in der Erklärung weiter. Das Kreditverbot „gefährdet Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst und bei Auftragnehmern der öffentlichen Hand.“ Zu den Auftragnehmern gehört etwa das örtliche Handwerk. Das Land Schleswig-Holstein hat gegen das Nettokreditverbot beim Bundesverfassungsgericht eine Klage eingereicht.

Flaiger: Regierungen Wulff und Schröder waren käuflich



Der Ex-Chef des Finanzdienstleisters AWD, Carsten Maschmeyer, gilt als ein Unternehmer mit vielen Freunden in der Politik. Kritiker bezeichnen sein Netzwerk als „politische Korruption“. Dass es sich dabei nicht um „übliche Kontakte“ handelt, wie Wirtschaftsminister Jörg Bode (FDP) im Landtag behauptete, zeigt auch die Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage der Linksfraktion. Danach hat Maschmeyer massiv Einfluss auf die Politik genommen. Der „Drückerkönig“ hat mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Christian Wulff (CDU) etwa über die „Optimierung der Riester-Rente“ gesprochen. „Wir können uns die Frage wohl selbst beantworten, ob die Riester-Rente für Maschmeyer oder für die vielen Tausend Kleinanleger optimiert werden sollte“, sagte die Fraktionsvorsitzende Kreszentia Flaiger. Laut Landesregierung sind ein Dutzend offizielle Zusammenkünfte zwischen Wulff und Maschmeyer nachweisbar. Flaiger machte auf weitere Treffen aufmerksam, die in der Antwort der Landesregierung fehlen. Hierzu gehört etwa ein

Empfang der deutschen Botschaft in Peking im Jahr 2008. Außerdem trafen sich Wulff als Schirmherr und Maschmeyer als Hauptsponsor 2009 beim Netzwerktreffen „Nord-Süd-Dialog“ im Flughafen Hannover.

Flaiger kritisierte auch, dass sich die Landesregierung in ihrer Antwort zu den Vorgängen aus der Schröder-Regierungszeit mit Hinweis auf eine schlechte Aktenlage kaum äußert – ein Hinweis darauf, dass am Ende der Ära Schröder viele Akten geschreddert worden sind. Maschmeyer hatte 1998 vor der Landtagswahl 600.000 D-Mark für Schröders Anzeigenkampagne „Der nächste Kanzler muss ein Niedersachse werden“ gegeben. Eine weitere Anzeigenkampagne für 150.000 D-Mark für Gerhard Schröder bestreitet Maschmeyer, bezahlt zu haben – zu Unrecht, wie sich nachweisen lässt. Als Dank für Maschmeyers Großzügigkeit wurde er vom damaligen Ministerpräsidenten Gerhard Glogowski (SPD), Schröder war inzwischen Bundeskanzler geworden, zu einem Essen ins Gästehaus der Landesregierung eingeladen.

Perli: Wir wollen die Studiengebühren wieder abschaffen!



Eine Änderung des Hochschulgesetzes nahm die Linksfraktion zum Anlass, die komplette Abschaffung der Studiengebühren zu fordern. Die schwarz-gelbe Mehrheit hat die Gebühren von 500 Euro monatlich nur für Minderjährige gestrichen - um einen Anreiz zur frühen Aufnahme eines Studiums zu liefern. Kaum mehr als hundert Studienanfänger werden im nächsten Wintersemester davon profitieren. „Dadurch wird dieses System keinen Deut besser“, betonte denn auch Victor Perli, hochschulpolitischer Sprecher der Linksfraktion. Niedersachsen bleibe eine Gebühreninsel und habe bundesweit die striktesten und teuersten Regelungen. „Schaffen Sie diese Niedersachsensteuer endlich ab!“, verlangte der Hochschulexperte.

Immerhin haben CDU und FDP erstmals zugegeben, dass Studiengebühren junge Menschen davon abhalten, ein Studium aufzunehmen. Konsequenz wäre es deshalb, den Anreiz zur Studienaufnahme auch auf die Volljährigen auszuweiten - und genau das wollte die Linksfraktion mit einem Antrag erreichen. Studienge-

bühren sollen danach für alle Studierenden entfallen. Nicht nur das Erststudium soll gebührenfrei sein, auch Langzeitstudiengebühren und Verwaltungskostenbeiträge will die Linksfraktion abschaffen. SPD und Grüne lehnen die Abschaffung der Langzeitstudiengebühren sowie der Verwaltungskostengebühren dagegen ab - und haben sich deshalb beim Antrag der LINKEN nach kompletter Abschaffung der Studiengebühren enthalten.

In der Landtagsdebatte erinnerte Victor Perli an soziale Härten, die Studiengebühren verursachen. Er zitierte aus der E-Mail einer Studentin aus Clausthal-Zellerfeld, die wie viele andere neben dem Studium arbeiten muss, um die Gebühren zahlen zu können. Die junge Frau findet aber keinen Job. „Sie weiß nicht, was sie machen soll und ist verzweifelt“, sagte Perli. Immer mehr niedersächsische Hochschulen klagen zudem über Wettbewerbsnachteile, weil sich die AbiturientInnen für ein gebührenfreies Studium in einem benachbarten Bundesland entscheiden.

Herzog: Endlager in Gorleben endgültig aufgeben!



Der von der Bundesregierung beschlossene Atomausstieg bis spätestens zum Jahr 2022 und die Energiewende haben einmal mehr den Landtag beschäftigt. Der linke Umweltpolitiker Kurt Herzog sprach von einem „Langzeit-Pseudo-Ausstieg“. Er beklagte, dass die Atommeiler nur am Schreibtisch überprüft wurden, zu spät vom Netz gingen und die Endlagerfrage ausgeklammert worden sei.

Tatsächlich war der als Stresstest angekündigte Check keine umfassende Sicherheitsprüfung. Und nach der Prüfung auf dem Papier ist das Niedersächsische Umweltministerium als Atomaufsichtsbehörde der Meinung, bei den niedersächsischen Atomkraftwerken sei alles in Ordnung. Auch für das Gorlebener Zwischenlager, einen völlig unsicheren Leichtbau mit 102 Castoren, habe es keinen Stresstest gegeben, kritisierte Herzog. Er fühle sich an den rot-grünen „Nonsens-Konsens“ aus dem Jahr 2000 erinnert, denn die wesentlichen Kröten beständen damit weiter. Die Zustimmung von SPD und Grünen zum Ausstiegsplan

der Bundesregierung sei deshalb wirklich fatal.

Der Wendländer warb dafür, das letzte Atomkraftwerk in drei Jahren abzuschalten. Diese Forderung werde bundesweit von 1.300 ProfessorInnen und WissenschaftlerInnen und 250.000 Menschen unterstützt, so Herzog. Auch müsse der Ausstieg wie in Österreich unumkehrbar gemacht werden, indem er ins Grundgesetz aufgenommen wird. Die womöglich politisch gewollte Rechtsunsicherheit könne zu hohen Entschädigungszahlungen an die Atomkonzerne führen. Der nächste Schritt zurück in den alten „Atomsumpf“ sei dann nicht mehr weit, befürchtet der Umweltpolitiker. Er forderte nicht nur ein Stopp, sondern die endgültige Aufgabe des Endlagerstandorts in Gorleben. Auch bei den Atomkraftgegnern außerhalb der Parteien fiel der Ausstiegsbeschluss der Bundesregierung komplett durch. Es sei verantwortungslos, die Bevölkerung weitere 3.650 Tage der Gefahr eines Super-GAU's auszusetzen, erklärte etwa die atomkritische Ärzteorganisation IPPNW.

Sohn: Kommunen mehr Geld zur Verfügung stellen!



Damit die finanziell notleidenden Städte und Gemeinden wieder handlungsfähig werden, hat die Linksfraktion einen Antrag in den Landtag eingebracht. Dieser sieht vor, durch ein Bündel von Maßnahmen den Kommunen deutlich mehr Geld zu geben. In diesem Zusammenhang erteilt Manfred Sohn, haushaltspolitischer Sprecher der Linksfraktion, dem sogenannten Zukunftsvertrag der Landesregierung eine klare Absage. Dieser sei wegen seiner Zwangsmaßnahmen und des knappen Budgets ungeeignet, die Finanzmieserei der Kommunen zu beheben. Seine finanzielle Ausstattung sei mit jährlich 70 Millionen Euro angesichts kommunaler Überziehungskredite von mehr als 5 Milliarden Euro viel zu gering. „Die Landesregierung will, dass Städte mit extrem hohen Überziehungskrediten stark kürzen, vor allem bei sozialen Aufgaben“, kritisiert Sohn. „Diese Grausamkeiten wollen wir verhindern.“ Im linken Antrag wird dagegen gefordert, dass das Land den Kommunen, die am Rande des Bankrotts stehen, bei Zinszahlungen und Schuldentilgung un-

ter die Arme greift. Zugleich soll die Regierung den kommunalen Finanzausgleich im Sinne der Städte und Gemeinden ändern. Die Kommunen sollen etwa einen Mindestgeldbetrag erhalten, der sicherstellt, dass sie ihre freiwilligen Aufgaben bezahlen können. Dazu zählen Zuschüsse an soziale Einrichtungen und Vereine. „Das sind soziale Mindeststandards“, betonte Linkenfraktionschef Hans-Henning Adler im Landtag. Die Linksfraktion will den Kommunen zusätzlich mit Bundesratsinitiativen helfen. Die Gewerbesteuer soll analog zum Vorschlag des Deutschen Städtetages zu einer Gemeindefinanzsteuer ausgebaut werden, die auch Freiberufler wie Ärzte, Apotheker und Rechtsanwälte zahlen. Der von den Kommunen an Bund und Land abgeführte Anteil an der Gewerbesteuer soll schrittweise entfallen. Schließlich soll die Bundesregierung den Kommunen deutlich mehr Geld für die sozialen Pflichtaufgaben geben. Gemeint sind etwa die Unterkunftskosten für Arbeitslose oder die Kosten für Kindergartenplätze für unter Dreijährige.